

# GLASNOST

## ZEITUNG für POLITIK und KULTUR in DARMSTADT

### INHALT

#### KOMMUNALES

Wohnungspolitik	2
- Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in Darmstadt	
Das Bürgerzentrum (BZ) Martinsviertel	3
- Bauvorhaben der Stadt Darmstadt und Bürgerbeteiligung	
Zur Tagesordnung	4
- Die Waldschäden in Darmstadt	

PORTRÄT	6
- Die Frauenbeauftragte Dr. Wilma Mohr stellt sich vor	

#### KULTUR

Biedermänner demaskieren	7
- Ein Gespräch mit Walter Steinmetz, Stifter des Alternativen Bühnerpreises	
Buchbesprechung	10
- Der Streit um Worte ist bereits Politik	

#### GLOSSE

Demokraten oder Untertanen?	11
-----------------------------	----

IMPRESSUM	12
-----------	----

# KOMMUNALES

## Wohnungspolitik

### Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in Darmstadt

"Wohnen ist ein Grundrecht wie Arbeit und Bildung. Jeder hat Anspruch auf eine menschenwürdige Wohnung. Der Schutz der Mieter durch ein soziales Mietrecht muß dauerhaft gesichert bleiben. Es ist die Aufgabe des Staates und der Gesellschaft, denen zu helfen, die ihre berechtigten Wohnansprüche nicht aus eigener Kraft erfüllen können, oder die als Minderheiten am Wohnungsmarkt auf Ablehnung stoßen." (Auszug aus dem Grundsatzprogramm der SPD)

Wie kann Obdachlosigkeit verhindert oder zumindest eingeschränkt werden?

Erkenntnisse aus einer Podiumsdiskussion der Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Frauen und sozialdemokratischer Juristen, des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Darmstadt und kompetenten Fachleuten aus Köln, Offenbach und Darmstadt am 10. Mai 1990:

Obdachlosigkeit entwickelt sich aufgrund des Verdrängungswettbewerbes im Wohnungsmarkt zu einem großen Problem. Nicht nur Randgruppen leben im Wohnungsnotstand, sondern auch viele Normalbürger. Betroffen sind besonders alleinerziehende Frauen und kinderreiche Familien. Während die allgemeine Aufmerksamkeit dem Wohnungsmarkt selbst, also Angebot und Nachfrage, Wohnungsbau, Wohnungsgestaltung Preisniveau usw. gilt, führt das Thema "Wohnungssicherung" ein Schattendasein. Wohnungssicherung bedeutet schlicht Verhinderung des Wohnungsverlustes.

Die Bedeutung der Wohnungssicherung richtig einzuschätzen, genügt es schon eines Beispiels: In Anbetracht forcierten Wohnungsverlustes

zum Zwecke von Luxussanierung und Eigentumsu mwandlung führt offensive Wohnungssicherungspolitik zu mehr Wohnungen als durch Neubauten. Es gibt viele Möglichkeiten, Wohnungsverlust zu verhindern: rechtliche und soziale. Voraussetzungen für das Funktionieren der Sicherungspolitik sind umfassende Informationen, Konzentration der zuständigen zum Teil noch konkurrierenden Behördenstellen, frühzeitiges, schnelles und wirksames Eingreifen durch eine kompetente Fachbehörde, die "Kommunale Wohnungssicherungsstelle."

Trotz der sehr überzeugend vorgetragenen Argumente reagierte der Sozialdezernent der Stadt Darmstadt, Bürgermeister Peter Benz, auf die organisatorische Forderung überraschend zurückhaltend: Nicht so sehr auf die Organisation käme es an, wichtiger sei die politische Zielsetzung.

Diese Auffassung rief eindringlichen Widerspruch hervor.

Immerhin, das Projekt "Kommunale Wohnungssicherungsstelle" ist in Darmstadt "unterwegs", nachdem die AsF Februar 1990 zum Thema Wohnungsnotstand die Initiative ergriffen hatte und nach anschließender öffentlicher Diskussion. Peter Benz: Die Entscheidung liege beim Stadtparlament.

Es ist anzunehmen, daß nach der eindrucksvollen Darstellung der Problematik des Wohnungsnotstandes, der auch für die Stadt Darmstadt mit Beispielen und Zahlen belegt wurde, und der Abhilfemöglichkeiten, die eine zentrale Sicherungsstelle bietet, das Darmstädter Projekt mehr Druck bekommt.

Weitere Themen der Podiumsdiskussion waren die Umwandlung von Notunterkünften in Wohnungen, der Verkauf städtischer Wohnungen an den Bauverein für Arbeiterwohnungen, ein umfassendes Belegungsrecht dieser Wohnungen für die Stadt, der Bau bedarfsspezifischer Wohnungen, insbesondere für kinderreiche Familien.

Viel guter Wille und viele schöne Absichten waren erkennbar. Die Initiatoren der Diskussion und sicher auch viele der Teilnehmer und Zuhörer werden sehr darauf achten, daß nun auch Taten folgen.

## Das Bürgerzentrum (BZ) Martinsviertel

### Bauvorhaben der Stadt Darmstadt und Bürgerbeteiligung

Wie beteiligt die Stadt Darmstadt betroffene Bürgerinnen und Bürger an der Vorbereitung, Planung und Ausführung ihrer öffentlichen Bauvorhaben? Welche Berücksichtigung finden alternative Vorschläge, die den Bedürfnissen und Interessen der Betroffenen gerecht würden?

Ein Beispiel: Das Bürgerzentrum Martinsviertel

Wegen des Mangels an großen Räumen für Festveranstaltungen im Martinsviertel wurde auf Initiative des dortigen SPD-Ortsvereines unter Wortführung seines damaligen Vorsitzenden, Eike Ebert, das Projekt "Bürgerzentrum Martinsviertel" in Angriff genommen, nachdem Gespräche mit der THD über eine Reaktivierung der Otto-Berndt-Halle als Festsaal für Veranstaltungen an überzogenen Forderungen seitens der THD zunächst gescheitert waren.

Als Standort für das Bürgerzentrum wurde das brachliegende Grundstück an der Pankratiusstraße zwischen einem THD-Gebäude und der Ruthsstraße ins Auge gefaßt. Die bestehenden Gebäude auf diesem Grundstück wurden vom Sozialkritischen Arbeitskreis im Internationalen Jugendzentrum, der Arbeiterwohlfahrt und in geringem Umfang von Wohnbevölkerung genutzt. Ein Großteil des Grundstückes in unmittelbarer Nähe der THD dient überwiegend als Parkplatz. Für das Projekt Bürgerzentrum wurde der Abriß der bestehenden Gebäude in Kauf genommen.

Durch das Projekt kamen auch die Gespräche mit der THD über die Otto-Berndt-Halle zum Er-

liegen, obwohl die THD hinsichtlich ihrer Forderungen Einlenken signalisiert hatte.

Erste Pläne zur Realisierung eines Bürgerzentrums wurden zur Abstimmung Anfang 1982 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

Die Vertreter der Vereine und Verbände im Martinsviertel sprachen diesem Projekt zu, nur die Grünen und verschiedene Bürgerinitiativen äußerten Kritik insbesondere an der geplanten Größe des BZ und den daraus entstehenden Folgen der Verkehrsbelastung und einseitigen Nutzung durch die Vereine. Diese Kritik wurde jedoch von Eike Ebert als unqualifiziert abgetan. Erst als der Sozialkritische Arbeitskreis und die Arbeiterwohlfahrt signalisierten, daß sie nicht ohne Widerstand ihre zum Abriß vorgesehenen Gebäude räumen würden, wurde von der Errichtung des BZs an der Pankratiusstraße abgesehen und eine Verlegung auf das Nachbargrundstück im sog. "Ruthsblock" zwischen Ruthsstraße, Arheilger Straße und Fuhrmannstraße ins Auge gefaßt. Dies bedeutete jedoch, daß die auf diesem Gelände geplante Wohnbebauung ersatzlos gestrichen wurde.

Im August 1987 wurde schließlich in der Stadtverordnetenversammlung die Errichtung des BZ's im "Ruthsblock" mit SPD/FDP-Mehrheit gegen die Stimmen der CDU und der Grünen beschlossen.

Die Kritik am geplanten Zentrum, insbesondere von den Grünen und verschiedenen Bürgerinitiativen vorgetragen, konzentriert sich vor allen

Dingen um die Größe des FestsaaIs und der vorgesehenen einseitigen Raumnutzung:

Das BZ wird aus mehreren kleineren Räumen und einem Festsaal für ca. 450 Plätze bestehen. Erstere sind vor allen Dingen für eine Nutzung durch die im Martinsviertel aktiven Parteien, Verbände und Vereine vorgesehen.

Die Kosten des Projektes belaufen sich auf ca. 14,2 Mill. DM, wobei von der Stadt 11 Mill. DM aufgebracht werden müssen. Andere Schätzungen, die u.a. auch den Preisanstieg bis zur Realisierung der Pläne berücksichtigen, beziffern die Gesamtkosten sogar auf 18 Mill. DM.

Eine kontinuierliche Nutzung des großen FestsaaIs ist nicht gewährleistet. Es ist unklar, wie oft er von ortsansässigen oder ortsfremden Vereinen und Verbänden belegt werden kann. Selbst wenn es gelingen sollte, den Raum einmal im Monat zu vermieten, das Verhältnis von Aufwand und Ertrag ist nicht tragbar. Die vorgesehene Nutzung beinhaltet, daß nicht in Vereinen und Verbänden organisierte Bürger am BZ nicht teilhaben können.

Die Bedeutung des Begriffs Bürgerzentrum wird verdreht, wenn ein Großteil der Bevölkerung von der Nutzung ausgegrenzt wird. Das Zentrum ist nicht für ein zumindest räumliches Angebot für Bands, Theatergruppen, Treffs usw. vorgesehen und die Vereine sind die einzigen, die sich die Raummieten leisten können.

Zum offenen Konflikt kam es schließlich, als das für den ausgeschriebenen Architektenwettbewerb einberufene Preisgericht aufgrund der

„bürgerfeindlichen Vorlagen“ (so ein Teilnehmer am Wettbewerb) zum Rücktritt aufgerufen wurde. Kritische Architekten forderten dies, weil ihrer Ansicht nach eine Bürgerbeteiligung an der Planung des Zentrums nicht stattfand. Dazu ist es jedoch nicht gekommen, das Preisgericht unter der Leitung von TH-Professor Bredow entschied sich für einen Entwurf des Architektenbüros Howarth und Beinecke.

Ein weiterer Kritikpunkt sind die unzureichend erörterten verkehrstechnischen Probleme, die ein Zentrum von Ausmaßen mit sich bringt. Das BZ wird zu einer Verschärfung der ohnehin angespannten Verkehrssituation im Martinsviertel beitragen. Begonnene Projekte der Verkehrsberuhigung z.B. in der Müllerstraße werden behindert. Weiterhin sind mögliche Alternativen zum geplanten BZ nicht angemessen diskutiert worden. Ein möglicher Standort im Bürgerpark oder die mögliche Verlegung in bestehende Gebäude am Kopernikusplatz wurden nicht in Erwägung gezogen.

Das BZ wird sich wie ein Riegel zwischen die lose Bebauung des Martinsviertels und den TH-Gebäuden schieben. Die schlechte städtebauliche Anbindung der TH zur Innenstadt wird sich nördlich im Bereich Martinsviertel fortsetzen. Aufgrund dieser Betrachtungen stellt sich die Frage, ob das geplante Bürgerzentrum diesen Namen überhaupt noch verdient? Eine Beteiligung der Bürger an der Planung des Zentrums hat nicht stattgefunden. Ist die Möglichkeit so abwegig, daß der Begriff „Bürgerzentrum“ dafür erhalten mußte, individuelle Interessen zum Bau eines großen FestsaaIs im Martinsviertel durchzusetzen?

## ZUR TAGESORDNUNG

### Die Waldschäden in Darmstadt

Mehrere Orkane in wenigen Wochen. Die Bilanz der Waldschäden ist ernüchternd die politische ebenfalls. Nachdem die Straßen schon längst wieder baumfrei sind, die größeren forstwirtschaftlichen Aufräumarbeiten ihrem Ende

zugehen und weniger Sondermittel für Aufforstung als für die geschädigten Waldbesitzer zur Verfügung gestellt wurden, ist man in gewohnt verwaltungspolitischer Manier zur (umwelt)politischen Tagesordnung übergegangen eine Auf-

arbeitung die den Ursachen der Waldschäden auf den Grund, genauer gesagt: an die Wurzel geht, wurde bestenfalls an Klimaforscher und Astrologen verwiesen.

Auf rund 900 Hektar der ca. 8000 Hektar großen Gesamtfläche des Waldes im Darmstädter Stadtgebiet herrscht Totalschaden, insgesamt 320.000 Festmeter umgeweht oder abgeknickt. Die Filterfunktion des Waldes gegen Lärm und Luftverschmutzung wird über Jahre bzw. Jahrzehnte stark beeinträchtigt sein.

Und wer bis dato noch nach Erklärungen für das Ausmaß der Orkanschäden und darauf hofft die nächsten hundert Jahre seines Lebens von derartigen Stürmen verschont zu bleiben der sollte sich vielleicht mal in Erinnerung rufen, wie es beispielsweise um den Gesundheitszustand des Darmstädter Waldes bestellt war bevor "Wiebke" im März dieses Jahres über in fegte: nur 4,4% der gesamten Waldfläche waren

Anfang des Jahres noch völlig gesund (gegenüber 15% im Jahre 1985); 36% befanden sich zum selben Zeitpunkt im todgeweihten Stadium fünf Jahre zuvor waren es "erst" 16%.

Die Waldböden sind schon seit langem stark übersäuert. Die Folgen für die Wurzelausbildung der Bäume sind ebenfalls bekannt und derzeit auf Spaziergängen äußerst anschaulich: die Feinwurzeln vieler Bäume werden angegriffen und können nur noch im Oberflächenumus ausbilden, wodurch selbst große und scheinbar stabile Bäume nur einen stark verkümmerten Wurzelteller aufweisen.

Wen wundert es da ernstlich, daß diese Bäume Jahrhundertsturm hin oder her dem starkem Wind kaum noch Stand halten konnten.

Mit den achselzuckenden Hinweisen auf "Jahrhundertstürme" und immer wiederkehrende "unbeherrschbare Naturkatastrophen" ist die Frage nach der menschlich-ökonomischen und politischen Verantwortung an den entstandenen Waldschäden offenbar schnell vom Tisch.

Bestenfalls kommt noch die Pseudoerkenntnisvariante à la George Bush in Betracht, der kürzlich auf der "Weltklimakonferenz" erklärte: "We need more facts, bevor wir im Sinne der Natur handeln können."

In puncto Wald dürfte dies also so interpretiert werden, daß er mit dem Umfallen gefälligst darauf zu warten habe bis die Gretchenfrage, ob es sich denn nun wirklich nur um "natürliche Jahrhundertstürme" gehandelt hat oder die "Natur" die Orkane als Quittung für Ozonloch und Treibhauseffekt präsentiert, "wissenschaftlich" entschieden worden ist. Doch nicht zuletzt in Darmstadt wird derartige Globalisierung gerne dazu benutzt, die hausgemachte Umweltschadenspolitik zu rechtfertigen oder wenigstens zu relativieren. Scheinbar ungetrübt vom Krankheitszustand des regionalen Ökosystems feiert hier die Zerstörung der Natur weiterhin fröhliche Urstände: als "highlights" seien hier nur genannt:

- die Abwasserversickerung im Westwald,
- der autofreundliche (Umgehungs)straßenbau einschließlich entsprechender Waldschneisen
- die Baugenehmigungen für bevorzugte Waldrandbebauung,
- die Betonierung der Modau-Auen mittels Hirtengrundhalle, auf deren Dach - dem Umweltdezernent sei Dank - eine Wiese ergrünt und das Ganze als ökologische Glanztat gefeiert wird,
- die jahrelang geduldete Abwasserverschmutzung via Schlachthof,
- oder die Absicht, das Gelände des Gehobener Hofes zum Golf- und Gewerbepark zuzurichten.

Eine notwendig radikale Umkehr dieser Politik steht hier wie anderswo noch (?) nicht auf der Tagesordnung. Wieviele politische Eichen gilt es wohl, dafür noch zu fällen ?

# PORTRÄT

## Die Frauenbeauftragte Dr. Wilma Mohr stellt sich vor

### Geboren:

7. Januar 1949 in Guntershausen, Regierungsbezirk Kassel.

### Studium:

1968 bis 1974 Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Wirtschaftspädagogik in Göttingen mit Abschluß als Diplom-Volkswirtin.

### Beruf:

1973 bis 1981 wissenschaftliche Mitarbeiterin in verschiedenen Forschungsprojekten, 1982 bis 1989 Hochschulassistentin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt/Main.

**Aufgabengebiete und Themenschwerpunkte:** Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem, Industriesoziologie, Qualifikationsforschung, Frauenforschung (Frauen und Bildung, Arbeit, Macht, Frauen-Förderpläne).

Seit März 1989 ehrenamtlich Geschäftsführung von ERGO e.V. Information, Training und Karriereplanung von Frauen .

Zahlreiche Veröffentlichungen, Vorträge und Weiterbildungsveranstaltungen zu den genannten Themen. Politisches Engagement in Gewerkschaften und Frauenbewegung, in den letzten Jahren vor allem für die Durchsetzung von Frauen-Förderplänen und die Entwicklung von Frauen-Netzwerken.

Tochter: Nora Lisa Mohr, geboren 16. April 1987.

Lebensgefährtin: Dipl. Ing. Dieter Roskoni.

### Aufgabenstellung in Darmstadt:

#### – Schwerpunkt Kinderbetreuung

Kinderkrippe (für 1 bis 3Jährige) und Kinderhort (für Schulpflichtige):

Eines von drei Kriterien bildet die Voraussetzung für den Erhalt eines Krippen- oder Hortplatzes: Beide Elternteile müssen aus wirtschaftlichen Gründen berufstätig sein. Die Mutter oder der Vater ist alleinerziehend. Die Krippe oder der Hort muß Elternpflichten übernehmen, weil die Erziehenden überfordert sind und die Elternpflichten nicht mehr allein erfüllen können. Die Versorgung, so die Stadt Darmstadt, sei hier im Vergleich zu anderen Städten (Vergleichsgrundlage:

Angaben des Deutschen Städtetages) gut, das heißt, wenn eines der Kriterien zutrifft, stehe ein Krippen oder Hortplatz zur Verfügung.

Wilma Mohr ist willens zu helfen, wenn es trotzdem einmal nicht klappt, und bittet, sie in einem solchen Falle anzusprechen.

#### – Kindergarten (für 3 bis 6Jährige):

Die Stadt Darmstadt strebt die Versorgung für 3Jährige mit Kindergartenplätzen von 50%, für 4 bis 5Jährige von 100% und für 6Jährige von 50% an. Wilma Mohr befürwortet eine qualifizierte Kinderbetreuung in kleinen Gruppen. Mit den Erzieherin-

nen hält sie Kontakt; für deren vermehrte Fortbildung setzt sie sich ein.

Wie ist es mit jenen Frauen, die nicht aus wirtschaftlichen Gründen arbeiten müssen, sondern aus Freude am Beruf arbeiten wollen und arbeiten? Für deren Kinder gibt es keine Krippen oder Hortplätze! Hier stellt sich Wilma Mohr die Mitorganisation der Kinderbetreuung durch die Arbeitgeber vor. Dringend erforderlich sei auch die Ganztagschule für schulpflichtige Kinder.

Die Frauenbeauftragte nimmt Kontakt mit Darmstädter Betrieben auf. Bei den Gesprächen spielt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine große Rolle. Um die Stadt Darmstadt und ihre Probleme besser kennen und verstehen zu lernen, macht sie seit April Stadtteufahrten per Fahrrad.

Wilma Mohr arbeitet mit der Frauenbeauftragten des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Frau

Dr. Morgan, zusammen. Beide unterstützen sich gegenseitig und arbeiten gemeinsam an einigen Projekten. Zum Beispiel fand am 15. Mai im Georg-Moller-Haus eine Podiumsdiskussion zum Thema Frauen-Netzwerke statt, an der beide gemeinsam teilnahmen. Orientierungsschwierigkeiten haben Frauen, die Hilfe brauchen, aber in dem Bereich der einen Beauftragten wohnen und im Bereich der anderen arbeiten. In solchen Fällen wird jede Ansprechpartnerin sein und beide gemeinsam helfen.

Wichtig für Wilma Mohr ist die Verbreitung der Teilzeitarbeit im Öffentlichen Dienst. In Arbeit ist ein frauenspezifisches Fortbildungsprogramm, das ausdrücklich auch für Teilzeitbeschäftigte gelten soll. Auszubildenden der Stadt Darmstadt will sie in Seminaren Wege weisen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern sollen.

Viel Erfolg, Frau Dr. Wilma Mohr!

## KULTUR

### Biedermänner demaskieren!

Am 13. Juni 1990 wurde in Darmstadt zum zweiten Male der Alternative Büchnerpreis verliehen. Die von dem Darmstädter Unternehmer Walter Steinmetz gestiftete Auszeichnung ging in diesem Jahr an den Kabarettisten Dieter Hildebrandt.

Hierzu ein Gespräch mit dem Preisstifter:

**Glasnost:**

Den alternativen Büchnerpreis erhält in diesem Jahr kein Prosa-Autor, kein Feuilletonist, kein Essayist, sondern ein Kabarettist. Herr Steinmetz, es scheint, Ihre Preisvergabe ist gegenüber dem Georg-Büchner-Preis (60.000 DM) sowohl in der Dotation (10.000 DM) als auch in der Person des Preisträgers erst jetzt tatsächlich "alternativ".

**Steinmetz:**

Zunächst: Dieter Hildebrandt ist durchaus auch ein Prosa-Autor; er ist Mitglied des PEN, und Sie werden in jeder Buchhandlung mehrere Titel von ihm kaufen können. Ausgezeichnet wird er jetzt als Autor und Interpret zeitkritischer Texte, als politischer Kabarettist; die Betonung liegt dabei auf "politisch".

**Glasnost:**

In der Bekanntgabe des Preisträgers ist zu lesen, daß Dieter Hildebrandt mit "Eleganz, Satire und Vernunft" für "radikale Demokratie und kritischen Bürgersinn" plädiere.

**Steinmetz:**

*Ja, und das stellt die Verbindung zu Georg Büchner her, der Hohn und Spott über die Mächtigen seiner Zeit ausgegossen hat. Er beobachtet die politischen Institutionen und die Repräsentanten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gruppen und enthüllt sie durch die Mittel der Sprache, wenn sie sich als Biedermänner maskieren. Damit lag seine Wahl als Preisträger gewissermaßen in der Luft.*

**Glasnost:**

Was, Herr Steinmetz, schätzen Sie an dem privat so zurückhaltenden, auf der Bühne so schlagfertig-charismatischen Hildebrandt?

**Steinmetz:**

*Daß er mit Zivilcourage diejenigen öffentlich der Lächerlichkeit preisgibt, die sich, zum Beispiel, jetzt im Beifall der DDR-Bevölkerung suhlen, während sie hier in der Bundesrepublik schon längst jede Glaubwürdigkeit verloren haben. Ich betrachte seine Einmischung als Beweis für seine Loyalität gegenüber unserem demokratischen Staat; eine Einmischung, wie sie uns allen eigentlich ganz gut anstünde.*

**Glasnost:**

Bei der Auslobung eines zweiten Trägers für einen Preis sei die Frage erlaubt: Lief die Findung dieses Preisträgers in der projektierten, einvernehmlichen und diskursbezogenen Weise ab, also im Verbund von 1. Preisträger Walter Jens und Preisstifter, oder gab es positive wie negative Überraschungen mit diesem Auswahlmodus?

**Steinmetz:**

*Die beiderseitige Übereinstimmung war von vornherein vorhanden, so daß die Wahl kurz und schmerzlos in vollem Einvernehmen erfolgte.*

**Glasnost:**

Halten Sie an diesem Modus fest?

**Steinmetz:**

*Ja. Im Gegensatz zu dem, was man von mancher Entscheidungsfindung einer größeren Jury hört, ist dieses Verfahren ein Vergnügen.*

**Glasnost:**

Mit Dieter Hildebrandt ist erneut ein Preisträger jenseits der 60 gefunden worden. Damit zeigt sich ein zur Vergabepaxis anderer Preise nicht unähnliches Bild, nämlich das Bild eines Preises als Belohnung für mehr oder minder ein Lebenswerk. Auch wenn Jens und Hildebrandt zu den ausgesprochen jungen "Alten" gehören, bleibt es bei der Vergabe an verdiente Ältere mit langer Veröffentlichungsliste?

**Steinmetz:**

*Ich bezweifle, ob Sie mit Ihrer Einschätzung bezüglich der allgemeinen Vergabepaxis richtig liegen. Ich könnte Ihnen eine Reihe junger Autoren aufzählen, die Literatur oder Kulturpreise erhalten haben.*

*Außerdem gibt es ja auch solche Preise, die aufgrund ihrer Satzung ein umfangreiches Werk voraussetzen und honorieren wollen. Für den Alternativen Büchnerpreis zählt Alter überhaupt nicht, sondern nur Engagement.*

*Wenn Sie junge Autoren vorschlagen können, halten Sie sich bitte nicht zurück. Aber es genügt nicht, daß einer mal an einer Demo teilgenommen hat oder sich in lockerem Ton gekonnt über alle Konventionen hinwegsetzen, beziehungsweise hinwegschreiben kann.*

*Der Preisträger muß auch nicht gerade den Nachweis erbringen, daß er steckbrieflich gesucht wird, aber an dem politischen Büchner, wie er zum Beispiel im Hessischen Landboten deutlich wird, muß er sich schon messen lassen.*

*Daß eben dieser Büchner gemeint ist, können Sie ja auch dem politischen Datum entnehmen, an dem die Preisverleihung stattfand: Am 13. Juni 1835 hatten die Darmstädter Behörden den Steckbrief ausgestellt und Büchners sozialpolitisches Engagement als staatsverräterische Handlung hingestellt.*



**Glasnost:**

Die Preisvergabe an einen Kabarettisten ist ausgesprochen vielsagend, wichtig, ja wenn man das antiautoritäre Büchners im Auge behält richtungsweisend. Wird so mit dem Kabarettisten nicht auch das Kabarett endlich notwendig hervorgehoben und geehrt?

**Steinmetz:**

*Es geht hier in erster Linie um die Auszeichnung des politischen Kabarettisten Dieter Hildebrandt. Wenn das auch dem politischen Kabarett, von dem ich eigentlich meine, daß es sich großer Anerkennung erfreut, gewissermaßen insgesamt zugute käme, wäre das eine angenehme Nebenwirkung.*

**Glasnost:**

Hildebrandt sorgt auch mit seinem "Scheibenwischer" im Deutschen Fernsehen für etwas mehr klare Sicht im politisch-phraseologischen Dunst. Würden Sie den Preis indirekt auch als Anerkennung für das populäre und so oft gescholtene Medium Fernsehen deuten, zumindest für das aufklärerische Potential, das in ihm steckt?

**Steinmetz:**

*Auch wenn der jetzige oder auch ein künftiger Preisträger durch das Fernsehen bekannt ist, hat der Alternative Bühnerpreis zu diesem Medium eigentlich keinen Bezug.*

**Glasnost:**

Liegt das Aufrührerische, Provozierende des satirisch-ironischen Vorgehens im Kabarett dem Büchnerschen Geist nicht viel näher als das kluge Werk des Autors im sprichwörtlichen "stillen Kämmerlein"?

Ist das gesprochene Wort via Kabarettbühne und Massenmedium nicht viel wirksamer als das kluge Buch im Bücherschrank oder in der Hand des Bücherfreundes?

**Steinmetz:**

*Der aufgeschlossene Bücherfreund, also der Leser, ist gemeint und angesprochen, nicht so sehr der Bildschirmfan. Und bei dem, was ihn bei den jeweiligen Preisträgern des Alternativen Büch-*

*nerpreis erwartet, wird es ihn wohl nicht lange im "stillen Kämmerlein" halten.*

*Aber auch das öffentlich gesprochene Wort kommt nicht zu kurz. Bei der Verleihung wird ja dem Preisträger ein Forum geboten, auf dem er sich in kritischer Deutlichkeit äußern kann und soll, und ohne daß er Wohlverhalten oder Rücksichtnahme üben muß.*

**Glasnost:**

Es gibt den schönen Satz: "Je gepreiserter einer ist, desto durcher fällt er". Preise landen im Allgemeinen dort, wo bereits vorher Preise gelandet sind. Wir haben das Kuriosum zu beobachten, daß sich Preisträger gegenseitig für neue wie alte Auszeichnungen und Preise vorschlagen, bzw. "ins Gespräch bringen" oder auswählen.

So entsteht ein enger Zirkel reichlich "Gepreiserter", die ebenso souverän wie auch würdig Urkunden, Preisgelder und den immateriellen Lohn der Belobigung unter sich aufteilen. Es ist ein bißchen so wie bei populärer Musik: gespielt wird, was bekannt ist, und weil es ständig gespielt wird, ist es halt so bekannt.

Aber zurück zur Preisvergabe: Einmal absehend von mitunter stattlichen finanziellen Gaben, die die oben geschilderte Praxis an gerade jene verteilt, die über entsprechende Konten schon verfügen und keinesfalls mehr am berühmten "Hungertuch" nagen.

Halten Sie es für möglich, daß der dritte Alternative Bühnerpreis an einen unbekanntem, womöglich jungen Autor/Journalisten/Kabarettisten geht, ohne Nimbus, ohne besonderen Arri- viertheitsgrad, ?

**Steinmetz:**

*Ich hätte da einige Einwände, will aber meinerseits die Frage stellen, ob derjenige, der nicht mehr "am Hungertuch nagt", sich also eigentlich einen schönen Lenz machen könnte, nicht besondere Anerkennung verdient, wenn er die Unannehmlichkeiten der Einmischung auf sich nimmt? Zur Einmischung können sich junge Leute als aufgefordert betrachten.*

Vom Vater des jetzigen Oberbürgermeisters und selbst früheren Oberbürgermeister stammt die treffende Feststellung: "Die Gleichgültigen sind die Gefährlichsten". Das ist quasi auch das Motto des Alternativen Büchnerpreises, für den es keinen Hinderungsgrund gibt, einem Preisträger im jugendlichen Alter Georg Büchners verliehen zu werden, wenn er sich an diesem Vorbild orientiert und der Obrigkeit auf ihre nicht immer sauberen Finger schaut und damit an der um sich greifenden Gleichgültigkeit rüttelt.

**Glasnost:**

Wird es irgendwann eine Aufteilung des Alternativen Büchnerpreises geben für die es Vorbilder gibt sagen wir, in einen Alternativen Büchnerpreis als Hauptpreis für eine Lebensleistung im Sinne Büchnerscher Imperative und einen Förderpreis für den kleinen Unbekannten als ergänzende Talentfinanzierung?

**Steinmetz:**

Daran ist nicht gedacht. Die kritische Haltung muß schon durch eine entsprechende schriftstellerische Leistung unter Beweis gestellt worden sein.

**Glasnost:**

Nach dem Essayisten und Prosa-Autoren Walter Jens der Autor und Kabarettist Dieter Hildebrandt; könnten Sie sich vorstellen, auch einem bildenden Künstler oder einem Plakatkünstler wie Klaus Staack den Alternativen Büchnerpreis zu überreichen?

**Steinmetz:**

Nein, schriftstellerische Arbeit, die sich kritisch mit der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland auseinandersetzt, und zwar unabhängig von der schriftstellerischen Form, sodaß zum Beispiel auch Sachbuchautoren ausgezeichnet werden können, ist und bleibt die Voraussetzung.

## Buchbesprechung

### Der Streit um Worte ist bereits Politik

"Weiter so, Deutschland CDU" und "Erneuern um die Zukunft zu bewahren SPD" . . . rechtzeitig zum bundesdeutschdeutschen Wahlkampfjahr, doch alles andere als wahlkampfkonform erschien: "Die inszenierte Polarisierung Die Wahlkampfssprache der Parteien in den Bundestagswahlkämpfen 1957 und 1987". Wortgewandter Autor ist der in Darmstadt wohnende, politisch engagierte Paul-Hermann Gruner. Seine sozialwissenschaftlichambitionierte Untersuchung beleuchtet Sein und Schein einschlägiger Politik(er)sprache im Rahmen kulturellideologischer und sozioökonomischer Bedingungen, anhand Bundestagswahlkämpfe von 1957 und 1987. Aus dieser historischkonkreten Analyse leitet er Aussagen ab, die an Aktualität und umfassender Problematik für die realexistierende Demokratie deutschen Landes nichts eingebüßt haben. So etwa, wenn er darlegt, daß der Wahlkampf (und wann ist gerade mal keiner) mehr

und mehr zur "Leyitimation einer Politik gerät", die wesentlich "zur Beseitigung von Störungen für den geordneten Geschäftsablauf" dient. "Weiter so, Deutschland". Oder, wenn in Wahlkämpfen stets eine "Entsachlichung substantieller Gegensätze, fehlender Problematisierung elementarer Zukunftsentscheidungen, eine Verschleierung gesellschaftlicher Strukturen und die Verlagerung politischer Alternativen auf Personen" stattfindet. "Weiter so, Deutschland". Oder, wenn die "so oft bemühte 'Politikverdrossenheit' im Grunde mehr Politikerverdrossenheit ist, die ganz essentiell mit Verdrossenheit gegenüber Politik(er)sprache" verbunden ist. "Weiter so, Deutschland." Wer kennt ihn nicht, diesen "Vorgang des 'Besetzens' eines Begriffes", der diesen realiter entleert und zur Worthülse degenerieren läßt. "Der Empfänger der Botschaft soll nicht in den Stand versetzt werden zu denken, zu entscheiden, zu differenzieren, abzuwägen und

damit zu wählen, sondern richtig zu denken." "Weiter so, Deutschland". Deshalb "gilt es, jeder politischen Äußerung gegenüber zunächst einen Sinnverdacht aufrechtzuerhalten", statt ihr vorzeitig "schlichten Unsinn zu unterstellen".

Nicht zu vergessen auch, daß innerhalb der etablierten Riege der Politiker durchaus das "sichere (Selbst)Bewußtsein vorliegt, mittels rhetorischer Signale, Schlüsselbegriffe und Schlagworte" die gewünschten Reflexe beim Publikum hervorzurufen. "Weiter so, Deutschland".

Hinsichtlich der Bundestagswahlkämpfe von 1957 und 1987 arbeitet er u.a. heraus, daß die Wahlkampfslogans der Union: "Keine Experimente" und "Weiter so, Deutschland" treffend die (Mehrheits)Mentalität der Zeit wiedergaben, während die SPD demgegenüber mit: "Sicher-

heit für alle" (1957) und "Erneuern um die Zukunft zu bewahren" (1987 noch dazu mit dem "Versöhnen statt Spalten" ihren Kanzlerkandidaten Johannes Rau), nichts überzeugendes zu Markte trug. In beiden Fällen verließ die Union als strahlender Sieger die Wahlkampfarena, wobei nicht der verkürzte Schluß gezogen werden soll, daß nur der bessere Slogan und die dahinterstehende Werbeagentur den Ausgang der Wahl entscheidet. Vielmehr spielen komplexe Bedingungsfaktoren zusammen, deren Analyse auf dem Weg der Sprachkritik eine Menge Erkenntnisse zu liefern vermag.

Bleibt nur zu beklagen, daß wohl der exorbitante Preis des Buches (63 Deutsche Mark für 222 Seiten) einer aufklärerischen Breitenwirkung etwas entgegenstehen dürfte. Immerhin gibt's bei Direktbestellungen an den Autor 30% Rabatt.

## **GLOSSE**

### **Demokraten oder Untertanen**

Es wird in unserem Lande viel von Demokratie geredet. Wir haben sie, wir gebrauchen sie, sie ist für uns selbstverständlich. Wir sind sogar in der Lage, diese unsere Demokratie zu exportieren! Warum auch nicht? Schließlich haben wir heute den demokratischsten und freiheitlichsten und fortschrittlichsten Rechtsstaat, den es je in unserer Geschichte gegeben hat. Und, da der Staat die Summe aller seiner Bürger ist, ergibt sich folgerichtig, daß, was für unseren Staat gilt, erst recht für seine Bürger zutreffen muß: Der Bürger der Bundesrepublik Deutschland ist Demokrat. Obrigkeitshörigkeit und Untertanentum gehören unserer Vergangenheit an.

Warum also wird in unserem Lande so viel von Demokratie geredet? Gibt es vielleicht doch Zweifel? Müssen Befürchtungen verdrängt werden, des Volkes Seele sehne sich insgeheim doch noch nach der starken obrigkeitlichen Führungs-

hand? Ängstigt uns die Erinnerung daran, daß unserem Volke, nachdem es sich wieder einmal bedingungslos der Staatsallmacht unterworfen hatte, in Westdeutschland Demokratie verordnet worden war? Sind wir Demokraten geworden, oder haben wir den Befehl "Demokratie" gehorsam ausgeführt?

Wie handhabt der Bürger das demokratische Recht, seine die Regierungsmacht ausübenden Vertreter zu wählen? Verantwortungsbewußt, fordernd, kritisch, kontrollierend? Oder nur abtretend?

Wie wird Demokratie praktiziert in den politischen Parteien, also den organisierten Zusammenschlüssen von Bürgern mit gleichen politischen Zielsetzungen und sozialen Interessen?

Bleiben wir dort, in der politischen Partei:

Auch innerhalb derer gilt das Vertretungsprinzip. Jeweils Gruppen von Bürgern innerhalb des Zusammenschlusses wählen Beauftragte, für Gebietsvertretungen, oder für Themenvertretungen, oder für andere Aufgaben.

Alle Beauftragten sind ihren Beauftragern verantwortlich, auch wenn Pyramiden von Vertreter-Vertretern gebildet werden. Anders ausgedrückt: Boß bleibt die Gemeinschaft, nicht der Beauftragte, an welcher Stelle der Pyramide er auch steht.

Trotzdem, wie viele Beauftragte führen sich auf wie Bosse oder gar Eigentümer der sie direkt

oder indirekt beauftragt habenden Gemeinschaft. Wir stehen vor dem Phänomen des "Herrschaft ausübenden Beauftragten". Dabei ist dieser gar nicht das eigentliche Problem. Die Frage ist, wer duldet oder erlaubt oder will das Herrschaftsverhalten seiner oder seines Beauftragten? Niemand kann weiter gehen, als er gelassen wird. Fazit Der herrschende Beauftragte ist sichtbares Zeichen für vorhandenes Untertanentum.

Auch wir in der Darmstädter SPD können hier von ein Lied singen!

## Impressum

### **GLASNOST:**

Zeitschrift für Politik und Kultur in Darmstadt

### **Redaktion:**

Paul Tessmann (verantwortlich)  
Steffen Becker  
Cornelius Geil  
Paul-Hermann Gruner  
Anita Jakobi  
Jeanette Kunkel  
Ralf Schüle

### **Anschrift der Redaktion:**

Paul Tessmann  
Bessunger Straße 55 a  
6100 Darmstadt

### **Herausgeber:**

Unterbezirksvorstand der Jusos Darmstadt

### **Verlag:**

Eigenverlag

### **Druck:**

Eigendruck